

Landesgeschäftsstelle  
Marienstr. 3a  
70178 Stuttgart

Tel.: 0711-241045  
E-Mail: lgs@die-linke-bw.de

Stuttgart, 17.11.2014

## Materialien zum Landesparteitag am 6./7. Dezember 2014 in Stuttgart-Möhringen

### Heft 1

Der Landesparteitag findet am 6.-7. Dezember 2014 im **Bürgerhaus Möhringen, Filderbahnplatz 32, 70567 Stuttgart**, statt.

**Beginn ist am 6.12.2014 (Samstag) um 10.15 Uhr.** Einlass ist ab 9 Uhr möglich.

Das Bürgerhaus Möhringen befindet sich direkt gegenüber der Haltestelle Bahnhof/Möhringen, erreichbar mit den Stadtbahnlinien U5, U6 oder U12.

### Tagesordnung des Landesparteitages

#### Samstag, 6. Dezember

1. Begrüßung, Konstituierung
2. Rede Landesvorstand
3. Grußwort DGB
4. Tätigkeitsbericht/Finanzbericht
5. Aussprache
6. Mandatsprüfung/Bericht
7. Einbringung Beschluss Landtagswahl
8. Aussprache/Beschlussfassung
9. Foren zur Landespolitik
10. Antragsdebatte
11. Grußwort Bernd Riexinger

#### Sonntag, 7. Dezember

12. Fortsetzung Antragsdebatte / weitere Grußworte
13. Nachwahl Landesvorstand
14. Referat zu Antikriegspolitik
15. Aussprache
16. Schlusswort

# ANTRÄGE

## A1 „Landtagswahl 2016“

Antragsteller: Landesvorstand

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Nein zu Armut in einem reichen Land**  
2 **Für soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie**  
3 **Für eine starke LINKE in Stadt und Land**

4  
5 **Teilnahme an der Landtagswahl 2016**

6  
7 Der Landesparteitag beschließt: DIE LINKE Baden-Württemberg beteiligt sich an der  
8 Landtagswahl im Frühjahr 2016. Wir werden in allen Wahlkreisen des Landes mit einem linken  
9 und sozialen Profil antreten. Der Landesvorstand wird beauftragt, die Diskussion im  
10 Landesverband über das Wahlprogramm einzuleiten und den Landtagswahlkampf 2016  
11 vorzubereiten.

12 Die Kreisverbände, die Landesarbeitsgemeinschaften, der Jugendverband und unsere  
13 Mandatsträgerinnen im Bundestag und in den Kommunen sind aufgerufen, sich daran zu  
14 beteiligen. Unsere landespolitischen Positionen wollen wir weiterentwickeln, gemeinsam mit  
15 Aktiven aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Umweltverbänden und demokratischen  
16 Einrichtungen.

17  
18 **DIE LINKE fehlt im Landtag**

19  
20 Drei Jahre Grün-Rot brachten einen Personal- aber keinen Politikwechsel. Zentrale Versprechen  
21 aus dem letzten Wahlkampf hat die Landesregierung nicht gehalten. Armut, prekäre Lebens-  
22 und Arbeitsverhältnisse sowie soziale Ausgrenzung in Baden-Württemberg nehmen weiter zu.  
23 Das Bildungssystem bleibt selektiv. Bei der Pflege und in Krankenhäusern wird auf dem Rücken  
24 von Beschäftigten gespart und privatisiert. Stuttgart 21 wird gebaut; die ökologisch-soziale  
25 Energiewende: Fehlanzeige. Im Landtag tritt keine Partei für Rüstungskonversion ein; niemand  
26 fordert die Schließung der militärischen Kommandozentralen AFRICOM und EUCOM. Das  
27 Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wird durch massive Polizeieinsätze ständig verletzt.

28 Bei direkter Demokratie liegen wir hinter Bayern; selbst die Direktwahl der Landräte wurde  
29 fallengelassen. Stattdessen setzt der Ministerpräsident im Bundesrat durch, dass mehr  
30 Flüchtlinge abgeschoben werden. Die NSU-Verbrechen und das Fehlverhalten des  
31 Landesverfassungsschutzes sind nicht aufgeklärt. Die Einrichtung eines parlamentarischen  
32 Untersuchungsausschusses wurde lange und mit aller Macht verhindert. Nazis treten an vielen  
33 Orten offen und gewalttätig auf.

34 Schon aus diesen Gründen braucht Baden-Württemberg die LINKE im Landtag.

35  
36 **Gegen Armut und soziale Ausgrenzung**

37  
38 Soziale Interessen sind im Landtag an den Rand gedrängt. Baden-Württemberg ist eines der  
39 reichsten und wirtschaftlich stärksten Bundesländer. Exporteinnahmen in Milliardenhöhe sind  
40 Ausdruck dieses Reichtums. Gleichzeitig sind 18% der Kinder und Jugendlichen von Armut  
41 bedroht. 10 Prozent mehr Obdachlose im Jahr 2013; jede dritte berufstätige Frau arbeitet in  
42 Teilzeit und es gibt über 100.000 Leiharbeiter im Land. Auch im öffentlichen Dienst nehmen  
43 Leiharbeit und Befristungen zu. Angemessener Wohnraum ist in manchen Zentren bis hin in die

44 Mittelschicht nicht mehr bezahlbar. Sozialen Wohnungsbau gibt es faktisch nicht mehr. Die  
45 Gesundheitsversorgung wird immer mehr zu einer Frage des Geldes. Wer arm ist, ist mehr  
46 krank und dann schlechter versorgt. Im reichen Baden-Württemberg nehmen Armut und die  
47 soziale Schieflage zu. Armut in einem reichen Land - darüber wollen wir aufklären und mit der  
48 Kampagne gegen prekäre Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse ankämpfen.

49

### 50 **Bildungsgerechtigkeit**

51

52 Baden-Württemberg ist noch immer Spitzenreiter bei der sozialen Benachteiligung im  
53 Bildungswesen. Neuen Gemeinschaftsschulen und einem fortschrittlichen Bildungsplan stehen  
54 Lehrerstellenabbau und das Beibehalten des mehrgliedrigen und selektierenden Schulsystems  
55 gegenüber. Die grün-rote Bildungspolitik kommt über punktuelle Projekte nicht hinaus. Deshalb  
56 und nicht wegen des Bildungsplanes beurteilt eine Mehrheit im Land die Bildungspolitik negativ.  
57 Wir stellen uns den konservativen Gegnern eines modernen und inklusiven Bildungssystems  
58 entgegen. Eine soziale Bildungspolitik braucht genügend und gebührenfreie Kitas, mehr Lehr-  
59 und Erziehungskräfte, eine ausreichende Unterrichtsversorgung, mehr Ganztagsangebote und  
60 Sozialarbeit und viel mehr Gemeinschaftsschulen. Das duale Ausbildungssystem muss  
61 verteidigt und Berufsschulen dürfen nicht weiter vernachlässigt werden. Wir wollen Druck  
62 machen im nächsten Landtag für eine konsequente Politik der Bildungsgerechtigkeit.

63

### 64 **Mehr Verkehr auf die Schiene - für eine sozial-ökologische Energiewende**

65

66 Land und Bund blockieren Mittel für den notwendigen Ausbau der Bahn in der Fläche.  
67 Insbesondere im ländlichen Raum sind dringend Investitionen in die öffentliche  
68 Verkehrsinfrastruktur notwendig. Die LINKE will eine konsequente Verkehrs- und Energiewende.  
69 Mobilität und Strom müssen umweltfreundlich und für alle bezahlbar sein. Drei Jahre nach  
70 Fukushima läuft selbst der Schrottreaktor Fessenheim weiter. Die Landesregierung benutzt  
71 weder dort noch bei Neckarwestheim und Philippsburg die EnBW, um den Atomausstieg zu  
72 vollziehen. Stattdessen bremst die EnBW den Wechsel zu einer dezentralen  
73 Energieversorgung. Statt Sozialtarifen werden Großkonzerne weiter entlastet. Wir treten ein für  
74 eine sozial-ökologische Energiepolitik und für den Umbau der vom Erdöl abhängigen Industrie.  
75 Wir stehen weiter für einen Ausstieg aus Stuttgart 21 und setzen uns ein für den Ausbau von  
76 Bus und Bahn in der Fläche.

77

### 78 **Flüchtlinge sind willkommen – für Integration und gleiche Rechte**

79

80 DIE LINKE fordert vom Land eine humane Wohnunterbringung von Flüchtlingen. Integration,  
81 soziale Teilhabe, Bildung und Recht auf Arbeit müssen von Beginn der Aufnahme an stattfinden.  
82 Die Landesregierung zahlt den Kommunen für die Flüchtlingsunterbringung zu geringe  
83 Pauschalen. In den Kommunen setzen wir uns dafür ein, dass Flüchtlinge eine  
84 menschengerechte Unterbringung und Versorgung bekommen. Inakzeptabel ist, dass aus  
85 Baden-Württemberg weiter Flüchtlinge abgeschoben werden.

86 Baden-Württemberg ist ein Einwanderungsland – und das ist gut so! Mehr als ein Viertel der  
87 Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Die Hälfte davon ist ohne deutsche Staats-  
88 angehörigkeit. An Schulen und auf dem Arbeitsmarkt haben Menschen mit Migrationshinter-  
89 grund schlechtere Chancen. DIE LINKE Baden-Württemberg setzt sich für volle politische  
90 Rechte ein für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Baden-Württemberg haben.

91

92 **Gemeinsam gegen rechts**

93  
94 Nazis bauen in Baden-Württemberg weiter Strukturen auf. Der Verfassungsschutz schaut weg.  
95 Wir beteiligen uns aktiv in demokratischen Bündnissen, arbeiten in Bürgerbewegungen und -  
96 initiativen mit all denen zusammen, die sich für die Integration von Flüchtlingen einsetzen und  
97 gegen extreme Rechte, Rechtspopulismus und Rassismus engagieren. Wir kämpfen gegen  
98 Neofaschismus, Rechtspopulismus und Rassismus auf der Straße und in politischen Gremien.  
99 Baden-Württemberg braucht keinen Verfassungsschutz, der Nazis züchtet, sondern einen NSU-  
100 Untersuchungsausschuss mit umfassenden Befugnissen. Mit der AfD formiert sich am rechten  
101 Rand eine neue Kraft, die sich sozial-demagogisch als Protestpartei darstellt – tatsächlich aber  
102 nationalistische, antidemokratische, ausländergefeindliche und marktradikale Positionen vertritt.  
103 Wenn die herrschende Politik ungleiche Lebensverhältnisse, Ausgrenzung und  
104 Ungleichbehandlung verschärft, schafft das neuen Raum für rassistische Mobilisierungen.

105

106 **Investitionsstau beenden – UmFairteilen**

107  
108 Im Landtag von Baden-Württemberg stehen alle Entscheidungen unter dem Motto „Keine neue  
109 Schulden“. Diese Position führt dazu, dass bei Investitionen in wichtige Bereiche wie  
110 Schulentwicklung, Verkehr, Energiewende, Gesundheitsversorgung, Flüchtlingsunterbringung,  
111 Ausbau von Kindertagesstätten, Bildungsoffensive zu wenig Geld zur Verfügung gestellt wird. In  
112 Krankenhäusern fehlt es an Pflegekräften und in Kitas an ErzieherInnen. Trotzdem sind über  
113 400.000 Menschen auch in Baden-Württemberg arbeitssuchend. Baden-Württemberg ist  
114 besonders abhängig von der Exportwirtschaft. Die schwache Konjunktur in- und außerhalb der  
115 Eurozone und die durch Merkel's Kürzungspolitik erzeugte zusätzliche Schwächung der  
116 südlichen Eurozonenländer drücken auf die Exporte. Das trifft am Ende auch den Arbeitsmarkt  
117 in Baden-Württemberg. Was wir wirtschaftlich brauchen sind mehr öffentliche Investitionen,  
118 finanzielle Entlastungen der Kommunen und eine Stärkung der Binnennachfrage. Wer  
119 Investitionen schaffen und Sozialkürzungen verhindern will, muss Reiche und Superreiche  
120 stärker zur Kasse bitten und für ein gerechteres Steuersystem sorgen. Dafür sollte sich die  
121 Landesregierung im Bundesrat einsetzen. **UmFairteilen:** DIE LINKE fordert die Einführung  
122 einer Millionärsteuer und eine einmalige Vermögensabgabe zur Konsolidierung der öffentlichen  
123 Haushalte.

124

125 **Veränderung beginnt mit Opposition – Wofür steht die LINKE in Baden-Württemberg?**

126  
127 Grüne und SPD stehen schwächer da als im Jahr 2011. Am Höhepunkt der Proteste gegen  
128 Stuttgart21 und anlässlich des Reaktorunfalles in Fukushima haben sie einen Politikwechsel  
129 versprochen, aber dieses Versprechen nicht eingehalten. Ministerpräsident Kretschmann und  
130 Wirtschaftsminister Nils Schmidt stehen als Verfechter der Schuldenbremse und Verteidiger  
131 einer ungerechten Steuergesetzgebung zugunsten der Reichen da und präsentieren sich als  
132 Freund der Konzerne. Nun drohen die Rückkehr der CDU an die Macht und ein Einzug der AfD  
133 in den Landtag. Eine linke Opposition, die einen Politikwechsel hätte unterstützen und  
134 einfordern können, fehlt im Landtag. Es braucht ein linkes "Korrektiv", egal wer zukünftig im  
135 Land regiert. Wie die Mehrheitsverhältnisse im kommenden Landtag auch aussehen mögen: nur  
136 DIE LINKE gewährleistet, dass soziale Interessen nicht unter den Tisch fallen, dass andere  
137 Fraktionen von links unter Druck kommen und damit soziale Interessen mehr Gehör finden und  
138 antifaschistische und antirassistische Kräfte aus dem Landesparlament heraus unterstützt  
139 werden.

140 Im Unterschied zu anderen Parteien stehen wir dafür, soziale Gerechtigkeit in der täglichen  
141 Praxis zu vertreten und umzusetzen. Dazu gehört:

142

- 143 • Soziale Mindeststandards durchsetzen. Unter diesen Standards darf niemand genötigt sein,  
144 zu leben und zu arbeiten.
- 145 • Wichtige öffentliche Güter wie Gesundheitsversorgung, Bildung und Ausbildung ausbauen.  
146 Sozialen Wohnungsbau ankurbeln. Ticketfreien Nahverkehr einführen. Mobilität, Wohnraum  
147 und Energie müssen zu sozialen Konditionen zugänglich sein.
- 148 • Gleiche demokratische Rechte und Mitsprachemöglichkeiten und ein selbst bestimmtes  
149 Leben für alle Menschen in diesem Land erreichen. Inklusion in allen Lebensbereichen.
- 150 • Gleichwertige Lebensverhältnisse in den Städten und auf dem Land und in allen Regionen.

151 Damit diese Grundsätze in der Arbeit des Landtages vertreten werden, werben wir für unsere  
152 Politik und für viele Stimmen im kommenden Landtagswahlkampf.

153

### 154 **Aktiv in den Kommunen – Parteaufbau vor Ort**

155

156 Für DIE LINKE gilt: sozial, vor und auch nach der Wahl. Mit dem Einzug in weitere  
157 Gemeinderäte und Kreistage hat DIE LINKE im Jahr 2014 ihre politische Verankerung in der  
158 Fläche ausbauen können. Dort sind wir neue Ansprechpartnerin für viele kommunale  
159 Einrichtungen und Initiativen geworden. Daran können wir anknüpfen. Mehr kommunalpolitisch  
160 Engagierte, mehr Mitglieder und Aktive vor Ort und dauerhaft stabil über 3.000 Mitglieder sind  
161 unsere Ziele. In den kommenden eineinhalb Jahren wird DIE LINKE in Baden-Württemberg  
162 schwarze Gebiete mit mehr roten Flecken anreichern, ihre regionalen Strukturen stärken und  
163 neue Ortsverbände aufbauen. Mit kommunalpolitischen Aktivitäten, thematischen  
164 Veranstaltungen, Inforunden, kleinen Aktionen und guter Öffentlichkeitsarbeit wollen wir stärker  
165 präsent werden und mehr Menschen erreichen als bisher. Wenn uns Fortschritte beim  
166 Parteaufbau gelingen, haben wir eine Chance, in den Landtag einzuziehen. Um den Wahl-  
167 kampf 2016 finanziell stemmen zu können, werben wir in der Mitgliedschaft und im politischen  
168 Umfeld um zusätzliche Spenden für unseren Wahlkampffond.

169

### 170 **DIE LINKE Baden-Württemberg will Motor für Veränderung werden**

171

172 Aktiv stehen wir an der Seite von Gewerkschaften und Sozialverbänden, von Mieter- oder  
173 Flüchtlingsinitiativen und vor Ort in den Kommunalparlamenten. Wir machen soziale,  
174 ökologische, demokratische und friedliche Politik, als Partei und in Bündnissen.

175 DIE LINKE Baden-Württemberg wird und will stärker eingreifen in die Debatten und  
176 Auseinandersetzungen im Land und ein Motor für Veränderung werden – daran werden wir in  
177 den nächsten Monaten arbeiten. Es gibt keine Erfolgsgarantie, aber wir haben eine gute  
178 Chance, unser Ziel zu erreichen und in den nächsten Landtag einzuziehen. In den kommenden  
179 anderthalb Jahren werden wir unser Engagement und unsere Kraft dafür einsetzen, dass DIE  
180 LINKE stärker wird und dass wir im Frühjahr 2016 die 5% - Hürde überspringen werden.

## **Fahrplan zur Landtagswahl 2016**

(Beschluss des Landesvorstands, Stand 19.10.2014)

Der genaue Termin der Landtagswahl im Frühjahr 2016 steht gegenwärtig noch nicht fest. Trotzdem müssen die Vorbereitungen darauf schon jetzt beginnen. Der Landesvorstand verfolgt dabei folgenden Zeitplan:

**Dezember 2014:** Der Landesparteitag beschließt den Wahlantritt und diskutiert über die Wahlkampfstrategie. Es bilden sich Arbeitsgruppen zur Erarbeitung des Wahlprogramms. Zu zentralen Themenschwerpunkten werden faktenbasierte Basistexte erstellt und unsere „Halbzeitbilanz“ zur Tätigkeit der Landesregierung wird aktualisiert. Begleitende Beratung dazu in den LAGs und im Frühjahr 2015 auch im Landesausschuss.

**Januar 2015:** Der Landesvorstand trifft Beschlüsse für die Wahlkampfplanung.

**März-Sommer 2015:** In den 70 Wahlkreisen des Landes werden die Kandidierenden nominiert. Dafür wird eine Mustereinladung (entsprechend Wahlgesetz) zur Verfügung gestellt. Zuständig sind die jeweiligen Kreisverbände.

**Juli-Oktober 2015:** In allen 70 Wahlkreisen werden die für die Wahlzulassung notwendigen Unterstützungsunterschriften gesammelt (jeweils mindestens 150 gültige Unterschriften pro Wahlkreis).

**September 2015:** Der Landesvorstand stellt den Entwurf des Wahlprogramms als Diskussionsgrundlage für den Landesparteitag fertig.

**Dezember 2015:** Der Landesparteitag verabschiedet das Landtagswahlprogramm.

**Januar 2016:** Das gedruckte Wahlprogramm und andere Wahlkampfmaterialien wie Plakate, Flyer etc. werden an die Kreisverbände ausgeliefert.

**März 2016:** Voraussichtlicher Termin der Landtagswahl.

Details werden auf dem Landesparteitag bzw. dem nächsten Landesausschuss vorgestellt.

## **A2 „Wohnungslosigkeit“**

Antragsteller: Lothar Schuchmann (KV Freiburg)

### Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Wohnungslosigkeit junger Erwerbsloser und alter pflegebedürftiger Menschen**
- 2 **– so kann es nicht weiter gehen**
- 3
- 4 Der Verlust von Wohnraum stellt für jeden Menschen einen tiefen Einschnitt im Leben dar.
- 5 Verbunden mit dem Abbruch sozialer Beziehungen und dem Fehlen finanzieller Ressourcen
- 6 erscheint die Situation für die Betroffenen oft aussichtslos. Es ist der völlige Mangel an einer
- 7 sozialen, beruflichen und finanzieller Perspektive, der niederdrückt; belastend wirken auch die
- 8 Einschränkungen im Gesundheitszustand und die Ausgrenzung von der Teilhabe am
- 9 gesellschaftlichen Leben. Armut macht krank.
- 10 Die Zahl wohnungsloser Jugendlicher unter 25 Jahren steigt seit Jahren, aber die bestehenden
- 11 Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe richten sich an den Bedürfnissen Erwachsener aus; sie

12 sind für Minderjährige und junge Erwachsene ungeeignet, ja schädlich. Kommunen und  
13 Landkreise müssen dringend gemeinsam spezielle Hilfen für jugendliche Wohnungslose  
14 einrichten. Denn es gilt: Rechtzeitige Hilfe kann Jugendliche auffangen und damit auch deutlich  
15 Kosten sparen. Im Mittelpunkt steht die Persönlichkeitsentwicklung der Jugendlichen und die  
16 Überwindung sozialer Schwierigkeiten. Über verschiedene Stufen – betreutes Wohnen,  
17 Nachholen von Schulabschlüssen, Ausbildung und geregelte Erwerbstätigkeit – können junge  
18 Wohnungslose aus der Perspektivlosigkeit herausgeholt werden. Hier ist die Chance besonders  
19 hoch, Wohnungslose wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Ein gutes Beispiel ist die  
20 Straßenschule in Freiburg, aber sie reicht nicht aus. Denn in Freiburg sind derzeit rund 250  
21 junge Menschen wohnungslos! Wir brauchen dringend niederschwellige Landkreis-  
22 übergreifende Einrichtungen für jugendliche Wohnungslose!  
23 Wohnungslose oder akut von Wohnungslosigkeit bedrohte ältere pflegebedürftige Frauen und  
24 Männer wiederum können die aufgrund ihrer physischen und häufig auch psychischen  
25 Erkrankungen und Behinderungen nicht mehr ins Erwerbsleben und in selbstständiges Wohnen  
26 integriert werden. Sie haben einen größeren Betreuungsbedarf, müssen mit Essen,  
27 Wäsche und Bekleidung versorgt werden. Gesprächs- und Beratungsangebote sollen ihnen bei  
28 der Gestaltung des Alltags und der Lösung Ihrer Probleme helfen; medizinische und  
29 pflegerische Notwendigkeiten müssen ebenso beachtet werden wie Hilfe bei Behördenange-  
30 legenheiten, bei Überschuldung oder bei Suchterkrankungen. Dies alles ist nur mit einer für  
31 mehrere Landkreise übergreifenden stationären Unterbringung von guter Qualität möglich.

### **A3 „Frühe Hilfen“**

Antragsteller: Lothar Schuchmann (KV Freiburg)

#### Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

#### **1 DIE LINKE Baden-Württemberg fordert einen zügigen Ausbau der Frühen Hilfen unter 2 deutlicher finanzieller Förderung durch das Land 3**

4 Wer von seinen meist armen Eltern (Hartz IV-Bezieher! Kinder von Alleinerziehenden, aus  
5 Migranten- und großen Familien, betroffen sind etwa 15% aller Kinder in Baden-Württemberg )  
6 in früher Kindheit - meist aus sozio-ökonomischen Gründen - vernachlässigt wurde, spürt die  
7 Folgen sein ganzes Leben lang. Entwicklungsstörungen mit den Folgen von Verhaltens-  
8 auffälligkeiten, Konzentrationsmängel, Angststörungen und Depressionen sind häufige Folgen  
9 des sozialen Dauerstresses. So wundert es nicht, dass in Baden-Württemberg Hilfen zur  
10 Erziehung (HzE) aktuell durchschnittlich nur bei einem von 406 Kinder notwendig sind, aber bei  
11 einem von 18 der Kindern mit SGB II-Bezug. Psychosoziale Unterstützung - von Schwanger-  
12 schaft und Geburt an - kann Schäden verhindern und Langzeitfolgen mildern. FRÜHE HILFEN  
13 wirken präventiv, sind sehr Erfolg versprechend und können Vernachlässigung und  
14 Misshandlung von noch sehr kleinen Kindern deutlich reduzieren. Die Einsätze von  
15 Familienhebammen werden - etwa in Freiburg - von einem Kompetenz-Zentrum (kein  
16 verlängerter Arm des Allgemeinen sozialen Dienstes!) koordiniert, das mit Frühförderung-  
17 Einrichtungen, Familienberatung, Krippen und KITA's vernetzt ist und zudem Sozialarbeit in  
18 Kinderarztpraxen initiiert hat.

19 FRÜHE HILFEN sind allerdings kein Ersatz für eine grechte, nachhaltige Sozialpolitik, die  
20 Kinderarmut und den Sozialabbau der SGB-II-Gesetzgebung insgesamt zügig beseitigt. Wir  
21 verweisen als Beispiel auf den Regelsatz von nur einem Euro monatlich für frühkindliche  
22 Bildung, nur ein Bruchteil dessen, was für Mittelschichtkinder zur Verfügung steht. Daran ändert  
23 auch das total überbürokratisierte Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) für Schulkinder leider  
24 nichts.

## **A4 „Kommunalpolitische Kampagne zu den sog. Freihandels- Abkommen CETA, TTIP und TISA“**

Antragsteller/in: KV Karlsruhe

### Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Landespartei wird beauftragt, eine öffentliche Kampagne zu den sogenannten
- 2 Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TISA zu entwickeln, die die Auswirkungen auf die
- 3 Bevölkerung und die Kommunen analysiert und Hilfestellungen für LINKE Kommunalpolitik in
- 4 Baden-Württemberg erarbeitet.
- 5 Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand in Zusammenarbeit mit allen in Frage
- 6 kommenden Kräften u.a. mit dem Kommunalpolitischen Forum, die Voraussetzungen zu
- 7 schaffen, um ein koordiniertes Vorgehen der kommunalen MandatsträgerInnen im Land zu
- 8 gewährleisten. Auch im Hinblick auf die Landtagswahl gehört dazu die Entwicklung und
- 9 Ausformulierung einer gemeinsamen kommunalpolitischen Argumentationslinie.

### Begründung:

Die zu erwartenden Auswirkungen der sog. Freihandelsabkommen sind so weitreichend, dass ein koordiniertes Vorgehen unserer Partei auf allen Ebenen unerlässlich ist. Die rechtlichen Rahmenbedingungen u.a. der Baden-Württembergischen Gemeindeordnung sollten auf die Handlungsmöglichkeiten unserer MandatsträgerInnen abgeklopft und ausgeschöpft werden.

## **A5 „Linke Sozialberatung“**

Antragsteller/in: KV Karlsruhe

### Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Dier Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand einen landesweiten Erfahrungsbericht zu
- 2 Sozialberatung in LINKER Trägerschaft zu erstellen.

### Begründung:

Siehe LINKE-Newsletter 10/2014 – DIE LINKE hilft: mit Sprechstunden und Beratungsangeboten

## **A6 „Beitragsfreie Schul- und Kitaverpflegung ins LINKE Bildungsprogramm“**

Antragsteller/in: KV Karlsruhe

### Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1
- 2 Der Landesparteitag beschließt, beitragsfreie Kita- und Schulverpflegung für alle Kinder und
- 3 Jugendlichen als inhaltlichen Schwerpunkt in das zur Landtagswahl Baden-Württemberg zu
- 4 erarbeitende Wahlprogramm aufzunehmen. Wichtige Aspekte dabei sind u.a. verbindlich
- 5 festgeschriebene hochwertige Standards, möglichst regionale Produkte aus ökologischer
- 6 Erzeugung und zumindest ein hoher Anteil an frisch zubereiteten Speisen. Verträge mit
- 7 Caterern müssen sozialversicherte und tariflich bezahlte Beschäftigungsverhältnisse
- 8 gewährleisten. Schulküchen und kommunale Küchen sollen gefördert werden.

## **A7 „Auf nach Elmau! Nein zum Krieg! G7 auflösen!“**

Antragsteller/in: LAG Frieden

### Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 DIE LINKE Baden-Württemberg unterstützt die Proteste gegen den G7 Gipfel 2015 in
- 2 Elmau/Bayern. DIE LINKE ruft alle ihre Mitglieder und Gliederungen auf, sich an den Protesten
- 3 zu beteiligen und in den lokalen Initiativen gegen den Gipfel mitzuarbeiten.

## **A8 „Nein zur Sicherheitskonferenz! Nein zur Nato!“**

Antragsteller/in: LAG Frieden

### Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Jedes Jahr treffen sich in München Vertreter der Rüstungsunternehmen, Bundesregierung und
- 2 Vertreter der Nato-Mitgliedsländer sowie befreundete Staaten zur sogenannten Sicherheits-
- 3 konferenz, diesmal von 7.-9.2.2015. Den Vorsitz der Konferenz hat der Rüstungslobbyist und
- 4 Tübinger Gastprofessor Wolfgang Ischinger. Die Sicherheitskonferenz wird mit staatlichen
- 5 Mitteln in Millionenhöhe und dem Einsatz der Bundeswehr im Innern gefördert. Thematisch soll
- 6 die Militarisierung der Gesellschaft weiter voran getrieben werden und weitere Schritte der
- 7 Umsetzung der Beschlüsse des Nato Gipfels von Wales (September 2014) diskutiert werden.
- 8 Zum Beispiel soll jedes Mitgliedsland 2,1 % des BIP für das Militär ausgeben. In die gleiche
- 9 Richtung gehen Forderungen aus der Bundesregierung nach Verbesserung der Ausstattung
- 10 der Bundeswehr. Diese geplante Aufrüstungswelle lehnen wir ab und fordern stattdessen eine
- 11 umfassende Abrüstung. Schon zu Beginn dieses Jahres versuchte Bundespräsident Gauck
- 12 durch seine preußisch militaristischen Rede die Diskussion hin zu mehr robusten Einsätzen und
- 13 eine Abkehr von nach seiner Meinung überholten pazifistischen Werten in der Gesellschaft
- 14 anzuregen. Dies lehnen wir genauso ab, wie die Sicherheitskonferenz insgesamt und
- 15 unterstützen deswegen den Aufruf zu den Protesten gegen die Sicherheitskonferenz.

## **A9 „PKK Verbot aufheben“**

Antragsteller/in: LAG Frieden

### Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 DIE LINKE Baden-Württemberg fordert die Aufhebung des PKK-Verbots sowie die Streichung
- 2 der PKK von den EU-Terrorlisten.
- 3 In diesem Kontext fordern wir die Einstellung der Verfahren gegen Menschen, die wegen
- 4 „widerrechtlichem“ Verwendens von PKK-Symbolen angeklagt werden, darunter auch unsere
- 5 Genossin Nicole Gohlke, MdB.
- 6 Der Landesverband Baden-Württemberg unterstützt die Sammlung von Spenden für syrische
- 7 Flüchtlinge in der Türkei, die gerade angesichts des kommenden Winters dringend auf Hilfe
- 8 angewiesen sind.

## A10 „Anpassungen der Landessatzung an die Bundessatzung“

Antragsteller/in: Landesvorstand

Der Bundesparteitag vom 9.-11. Mai 2014 in Berlin hat zahlreiche Änderungen der Bundessatzung beschlossen, die für alle Landesverbände gelten. Die Landessatzung Baden-Württemberg ist deshalb entsprechend an die neue Bundessatzung anzupassen.

Der Landesparteitag möge beschließen:

**Die Landessatzung Baden-Württemberg wird in den folgenden Passagen wortgleich an die Bundessatzung angepasst:**

§ 3 Abs. 2:

Nach dem ersten Satz wird eingefügt: „Die Pflicht zur Beitragszahlung beginnt mit Ablauf des Monats der Datierung der schriftlichen Eintrittserklärung.“

§ 3 Abs. 3:

Der letzte Satz des Absatzes wird gestrichen.

§ 12 Abs. 4:

Am Ende des Absatzes wird ergänzt: „Dabei darf die Quote als so beschlossene Ausnahme jedoch nicht unter dem Frauenanteil des jeweiligen Kreis- oder Ortsverbandes zum Stichtag des 31.12. des letzten Jahres liegen.“

§ 13 Abs. 1:

Im dritten Satz wird geändert: „... beim Jugendverband in Textform gemeldet oder an Aktivitäten beteiligt haben.“

§ 18 Abs. 3:

Im ersten Satz wird ergänzt: „... drei Monate vor der ersten Tagung...“. Im zweiten Satz wird ergänzt: „... die Zahlen der beitragszahlenden und beitragsbefreiten Mitglieder ...“

§ 18 Abs. 4:

Der letzte Satz wird geändert: „Die Wahl ~~findet~~ soll spätestens 6 Wochen vor dem nächsten Landesparteitag stattfinden.“

§ 26 Abs. 2:

Satz 1 wird geändert: „Die Landespartei finanziert sich aus den Mitgliedsbeiträgen, Mandatsträgerbeiträgen, Spenden und den anderen zulässigen, im Parteiengesetz...“

§ 33 Abs. 1:

Satz 1 wird ergänzt: „...per einfacher Briefpost an die zuletzt angegebene Anschrift des zu Ladenden versendet.“

§ 34 Abs. 4:

Nach dem ersten Satz wird eingefügt: „Zu den abgegebenen gültigen Stimmen zählen auch Enthaltungen.“

§ 34 Abs. 7:

Nach dem ersten Satz wird eingefügt: „Namentliche Abstimmungen können im Rahmen der jeweiligen Geschäftsordnung geregelt werden.“

§ 36 Abs. 3:

Satz wird ergänzt: „...schriftlich zu erklären oder zu Protokoll zu geben.“

§ 2 Abs. 5 der Landesfinanzordnung:

In Satz 4 wird ergänzt: „... - Wahlen und Parteitagen - ...“